

Informationen zur Tagung des Landesvorstandes vom 10.07.2010

Aktuell-politische Situation

Der Landesvorstand wertete die Bundespräsidentenwahl und die aktuelle Situation in der Bundestagsfraktion und im Parteivorstand aus. In Bezug auf das Thema „Vergütung von Parteivorstandsmitgliedern“ beauftragte der Landesvorstand den Geschäftsführenden Ausschuss sich in einem Brief an den Parteivorstand zu wenden und eine Änderung des beschlossenen Systems zu fordern. Mitglieder des Parteivorstandes, die bereits durch Mandate der LINKEN Einkommen beziehen, sollten künftig keine gesonderten Vergütungen, maximal entstandene Aufwendungen ersetzt bekommen.

Mit der Sprecherin der LAG Demokratie und Rechtspolitik, Heike Lorenz, wurde die Thematik „Besetzung des Landesausschusses durch die Kreisverbände“ erörtert. Mit Bedauern wurde die Empfehlung der Landesschiedskommission zur Kenntnis genommen, die nach Auffassung des Landesvorstandes in Punkt 1 der Bundessatzung widerspricht. Ziel ist und bleibt es, umgehend einen satzungsgerecht zusammengesetzten Landesausschuss (LA) zu erhalten. Es wurde festgestellt, dass nunmehr die meisten Kreisverbände vorsorglich Kreisparteitage durchführen, um eine gesonderte Mandatierung in den Delegiertenwahlkreisen vorzunehmen. Es wird versucht, diese Nachwahlen bis zum 30.9. abzuschließen, damit der Landesausschuss mit dem Verfahren zur Erstellung eines Listenvorschlages in neuer Besetzung beginnen kann. Der Landesgeschäftsführer wird sich in den kommenden Tagen an die Sprecherin und den Sprecher des LA m.d.B. um Verschiebung des Septembertermins in den Oktober wenden.

Aus den Gremien

Peter Ritter wertet die vergangene Sitzungswoche des Landtages und explizit die Beschlussfassungen zur Verwaltungsmodernisierung und Kreisneubildung aus. Der Landesvorstand beschloss diesbezüglich folgende Erklärung:

Die am 07.07.2010 von der SPD/CDU-Koalition beschlossenen Gesetze zur Landkreisneuordnung und zur Aufgabenzuordnung schaden der im Land notwendigen Verwaltungsmodernisierung und werfen das Land hinter den Stand von 2006 zurück. Das Kreisstrukturgesetz blockiert eine tatsächliche Funktionalreform, die beschlossene Aufgabenübertragung führt nicht zum Abbau von Doppelstrukturen, Effizienzsteigerungen oder mehr Bürgernähe. Die SPD, die aus den Fehlern des gescheiterten Verwaltungsmodernisierungsgesetzes von 2006 nicht gelernt hat, und die CDU, die in einer bislang nicht gekannten Wendehalspolitik agierte, haben das Land in eine Reformblockade manövriert. Ein wesentlicher Grundsatz des Beschlusses des Landesverfassungsgerichtes von 2007, der feststellt, dass die Organisation der Landesverwaltung nicht zweckmäßig ist und bei den unteren Landesbehörden durch eine Vielzahl von Sonderbehörden und teilweise durch Kleinteiligkeit geprägt ist, wurde missachtet. Auch andere Gesichtspunkte, wie die Stärkung des kommunalen Ehrenamtes oder der Zusammenhang von Struktur- und Funktionalreform, wurden nicht berücksichtigt, alternative Modelle zur Kreisreform wurden nur unzureichend geprüft. Mit den Festelegungen zu den Kreissitzen wurden zum Teil schwerwiegende

strukturpolitische Fehlentscheidungen getroffen. Darüber hinaus haben sich SPD und CDU von ihrem Anspruch Kommunalparteien zu sein, noch weiter entfernt und der Glaubwürdigkeit von Politik weiteren Schaden zugefügt.

Die Fraktion DIE LINKE im Landtag Mecklenburg-Vorpommern hat rechtzeitig auf diese Verwerfungen hingewiesen und zahlreiche Vorschläge für eine wirkliche Verwaltungsmodernisierung unterbreitet. Vielfach fanden diese Vorschläge und Alternativen Unterstützung aus der Kommunalpolitik.

DIE LINKE in Mecklenburg-Vorpommern wird sich mit ihren kompetenten Kommunalpolitikerinnen und -politikern nunmehr dafür engagieren, dass die Folgen dieser Kreisstrukturreform nicht allein auf den Kommunen und ihren Einwohnerinnen und Einwohner abgeladen werden. So werden wir weiter um einen fairen und aufgabenbezogenen kommunalen Finanzausgleich ringen und für Verbesserungen für das kommunale Ehrenamt streiten.

Diese Alternativen werden wir zur Kommunalwahl 2011 zur Diskussion und Abstimmung stellen. Mit den Vorbereitungen dazu beginnen wir jetzt. DIE LINKE wird in allen neuen Kreisen mit kompetenten Kandidatinnen und Kandidaten zur Landratswahl antreten. Dabei bauen wir vor allem auf die Erfahrungen und die erfolgreiche Arbeit unserer Landrätinnen und unseres Landrates in den Kreisen Rügen, Ostvorpommern und Demmin.

Wir werden für alle neuen Kreistage engagierte Kandidatinnen und Kandidaten aufstellen.

DIE LINKE ruft dazu auch an Kommunalpolitik interessierte Einwohnerinnen und Einwohner auf, sich auf den offenen Listen der Partei DIE LINKE zur Wahl aufstellen zu lassen. Unser Motto bleibt: Politik nicht nur für die Einwohnerinnen und Einwohner gestalten, sondern gemeinsam mit ihnen.

Die innerparteilichen Strukturen werden jetzt Schritt für Schritt den neuen kommunalpolitischen Anforderungen angepasst. Dabei werden die wertvollen Erfahrungen, die in den bereits fusionierten Kreisverbänden "Mecklenburgische Seenplatte" und "Peene-Üecker-Ryck" gesammelt werden konnten, umfassend analysiert und umgesetzt.

Während sich SPD und CDU selbst ins kommunalpolitische Abseits manövriert haben, wird DIE LINKE ihre kommunalpolitische Stärke und Präsenz weiter ausbauen. Für den Erhalt und die weitere Ausgestaltung von gelebter Demokratie und Toleranz vor Ort wird dies von entscheidender Bedeutung sein.

Helmut Holter berichtet über die aktuelle Debatte um die Novellierung des KiföG und die sich daraus anschließende Diskussion mit MdL Marianne Linke. Übereinstimmend teilten alle anwesenden Mitglieder der Landtagsfraktion mit, dass die Positionierung von Marianne Linke zum KiföG durch die Fraktion nicht geteilt wurde und sie eine Einzelmeinung vertrete. Weiterhin informiert er über den aktuellen Stand des Programms MV2020+ - dazu gab es im Mai und Juni an fast jedem Wochenende sehr gute Veranstaltungen, allein die Teilnahme durch Parteimitglieder lässt zu wünschen übrig.

Abschließend setzt er den Vorstand darüber in Kenntnis, dass Gabi Mestan zum 31.08.2010 ihre Position als Parlamentarische Geschäftsführerin der Fraktion aus gesundheitlichen Gründen aufgibt.

Torsten Koplín informiert zur Arbeit der AG Struktur. Nach Beschlussfassung im Landtag geht es jetzt um die Handlungsfähigkeit der Partei. Die AG wird auf dem Septemberparteitag erneut einen Tätigkeitsbericht inkl. Empfehlungen abgeben. U.a. sollen sich Kreisverbände bis 31.03.2011 zu neuen Strukturen zusammenfinden. Die Bestätigung neuer Kreisverbände auf dem Landesparteitag soll im April 2011 erfolgen.

Vorbereitung Wahlen 2011

Ausführlich wird die Einberufung von Landesparteitagen/ VertreterInnenversammlung diskutiert.

Der Beschluss zur Einberufung der 3. Tagung des 2. Landesparteitages wird auf Grund knapper Mehrheitsverhältnisse innerhalb des Landesvorstandes per Umlaufverfahren bis 14.07.2010 erneut aufgerufen, um allen Vorstandsmitgliedern eine Abstimmungsmöglichkeit einzuräumen, auch jenen die entschuldigt fehlen mussten.

Die 4. Tagung des 2. Landesparteitages der Partei DIE LINKE wird für den 09. April 2011 einberufen.

Der Parteitag berät u.a. über

- aktuell-politische Fragen;
- Auflösung und Neubildung von Kreisverbänden;
- Wahlprogramm zur Landtagswahl 2011.

Antragsschluss ist der 12. März 2011, 12.00 Uhr (Zustellfrist).

Einberufung LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern

1. Die LandesvertreterInnenversammlung zur Aufstellung der Landesliste für den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wird für den 09./10. April 2011 einberufen.

2. Die VertreterInnenversammlung nimmt einen Personalvorschlag des Landesausschusses zur Aufstellung der Liste entgegen.

3. Die Versammlung wählt die Landesliste für die Wahlen zum Landtag von Mecklenburg-Vorpommern.

4. Antragsschluss ist der 12. März 2011, 12.00 Uhr (Zustellfrist)

5. Für die VertreterInnenversammlung des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern gilt folgender Delegiertenschlüssel: MSP 24, PUR 14, GÜ 6, NVP 6, NWM 6, PCH 6, HRO 18, RÜG 6, SN 12, HST 4, SWM 8, HWI 2, DBR 8. Gesamt: 120.

Sollten sich bis zum 31.01.2011 neue Kreisverbände gründen und durch den Parteitag bestätigt werden, so ist dieser Delegiertenschlüssel auch innerhalb des neugebildeten Kreisverbandes sinnwährend und proportional anzuwenden.

6. Die Wahl der Delegierten erfolgt im Zeitraum vom 11. Juli 2010 bis zum 31. Januar 2011. Die Wahlprotokolle sind bis zum 04. Februar 2011 der Landesgeschäftsstelle zu übermitteln. Da es wahlvorbereitende Handlungen sind, ist äußerste Sorgfalt geboten.

Bei Unklarheiten sollte unbedingt der Landesgeschäftsführer im Vorfeld kontaktiert werden.

Der Landesvorstand berief zur Vorbereitung der Wahlen im Jahr 2011 ein Wahlbüro und fasste folgenden Beschluss:

2011 Wahlen erfolgreich gestalten!

DIE LINKE steht 2011 in Mecklenburg-Vorpommern vor einer großen Herausforderung: Zeitgleich zu den Landtagswahlen, die wir mit unserem Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten, Helmut Holter, erfolgreich gestalten wollen, werden im Zuge der Verwaltungsmodernisierung und Kreisneuordnung Kreistage und Landräte neu gewählt.

Anknüpfend an die Erfolge der Jahre 2008 und 2009 haben wir bereits in diesem Jahr beachtliche Wahlergebnisse bei den Bürgermeisterwahlen erzielt. Diese positive Bilanz gilt es gemeinsam auszubauen. Deshalb hat sich - wie auch in den Jahren zuvor - der gesamte Landesvorstand als Führungsgremium des Landesverbandes dieser Aufgabe zu stellen. Die Organisation und Führung des Wahlkampfes bleibt daher zentrale Aufgabe des gesamten Vorstandes.

Der Landesvorstand beruft zur Unterstützung seiner Arbeit und zur Koordinierung der Aktivitäten mit den Kreisverbänden und KandidatInnen ein Landeswahlbüro.

Diesem gehören an:

Steffen Bockhahn (Leiter des Wahlbüros)
Kay Spieß (stellv. Leiter des Wahlbüros)
Renate Malchow
Peter Ritter
Marita Moritz
André Brie
Harald Pätzold
N.N. (Mitarbeiter(in) Wahlbüro)
N.N. (Wahlteam Helmut Holter)
N.N. (Wahlprüfsteine)

Weitere Personen können nach Bedarf in die Arbeit einbezogen werden.

Die Kreisverbände werden aufgefordert, umgehend Wahlteams innerhalb der neuen Wirkungskreise zu bilden und das Landeswahlbüro diesbezüglich zu informieren.

Des Weiteren beschloss der Landesvorstand einen Finanzplan zu den Wahlkämpfen 2011 i.H.v. 465.000 Euro. Die Landesschatzmeisterin wird nunmehr beim Bundesfinanzrat einen entsprechenden Antrag auf Abrufung der Mittel aus dem zentralen Wahlfonds stellen. Ehrgeiziges Ziel dieses Wahlfinanzplanes ist es, Spenden in der Höhe von 65.000 Euro einzuwerben.

Mitgliedergewinnung / -pflege

Die Verantwortliche für den Landesvorstand in diesem Bereich, Heidrun Bluhm, gibt einen aktuellen Sachstandsbericht. Im Anschluss an die entsprechende Diskussion beschließt der Landesvorstand:

Die Mitgliederstärke der Partei in Mecklenburg-Vorpommern und ihre weitere Entwicklung entscheidet über unsere Präsenz nicht nur in der Fläche, sondern auch in der allgemeinen gesellschaftlichen Repräsentanz und vor allem darüber, wie viel Platz wir den anderen neoliberalen oder gar rechtsradikalen Kräften in unserem Land überlassen.

Dafür ist unerlässlich, dass jedes Mitglied unserer Partei für sich persönlich die Mitgliedergewinnung als eine Schwerpunktaufgabe begreift und sich für eine Mitgliedschaft in der Partei uns politisch nahestehender Mitbürgerinnen und Mitbürger einsetzt.

Die Kreisvorstände befassen sich regelmäßig mit der Mitgliedergewinnung und mit der Betreuung und der aktiven Integration der gewonnenen Neumitglieder.

Der Landesvorstand wird beauftragt, die Erstansprache von gewonnenen Neumitgliedern organisatorisch sicher zu stellen, ihnen die ganze Breite der Mitwirkungsmöglichkeiten über eine überschaubare Strukturübersicht zu unterbreiten. Dazu ist für die persönliche Betreuung der Neumitglieder innerhalb der Landesgeschäftsstelle eine personelle Aufgabenzuordnung vorzunehmen.

Ziel ist es, dass die Rückkopplung zwischen den Parteistrukturen des Landes und den Neumitgliedern zu einer intensiven Betreuung und Integration führt und die Mitgliedergewinnung als Schwerpunkt nachhaltig umgesetzt wird. Die Landesgeschäftsstelle prüft, inwieweit personelle und oder finanzielle Möglichkeiten im Rahmen des laufenden Landeshaushaltes vorhanden sind und genutzt werden können oder zusätzlich erforderlich sind.

Über die Umsetzung dieses Beschlusses ist in der Landesvorstandssitzung im Dezember 2010 zu berichten.

Verständigung mit Mitgliedern des Parteivorstandes aus M-V zur künftigen Zusammenarbeit

Mit dem anwesenden Mitglied des PV, Ida Schillen, wird über die Erwartungen des Landesvorstandes zur künftigen Zusammenarbeit diskutiert.

Eine Teilnahme von PV-Mitgliedern an den LV-Tagung wird als zwingend notwendig erachtet – somit sollen dem PV dann auch die Beschlüsse und Meinungen aus dem Landesverband übermittelt werden.

Sonstiges

Folgende Beschlüsse werden gefasst:

Durchführung der Gesundheitskampagne in Mecklenburg-Vorpommern

1. Ausgangslage

Schwarz-Gelb plant den dritten großen Angriff auf den Sozialstaat – nach Hartz IV und der Zerstörung der Rentenformel – die Zerstörung der solidarischen Gesundheitsversicherung.

Im Koalitionsvertrag hatten sich CDU, CSU und FDP darauf verständigt, die Finanzierung des Gesundheitssystems neu zu ordnen: 2010 sollten Pläne für die Ersetzung der einkommensabhängigen Beitragszahlung durch eine "Kopfpauschale" ausgearbeitet, 2011 gesetzgeberisch umgesetzt werden. Der von den Vorgängerregierungen eingeschlagene Weg, die Arbeitgeber von steigenden Beitragssätzen schrittweise freizustellen, soll fortgesetzt werden.

Die Entwicklung in die Zweiklassen-Medizin mit großen Versorgungslücken für eine wachsende Bevölkerungsschicht wird so beschleunigt.

Die Regierungspläne sind teilweise auch in den eigenen Reihen umstritten. Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Kopfpauschale ab. An vielen Stellen des Gesundheitssystems entwickeln sich Protest und Widerstand gegen Verschlechterungen in der Gesundheitsversorgung.

Derzeit wird von Gesundheitsminister Rösler statt Kopfpauschale über einen höheren Zusatzbeitrag der Arbeitnehmer geredet. Doch ob er es einkommensunabhängige Pauschale, Gesundheitsprämie oder nun höhere Zusatzbeiträge nennt – es ist und bleibt die Kopfpauschale.

Hier ist Widerstand dringend nötig!

Im Kern geht es uns linken Kräften darum, gegen ein neoliberal inspiriertes Reformprojekt ("Kopfpauschale") ein solidarisches Reformprojekt (Bürgerinnen- und Bürgerversicherung) mehrheitsfähig zu machen, dessen Kern die Grundsätze von Solidarität, Gleichheit und Einkommensabhängigkeit sind.

Die Auseinandersetzung um das Gesundheitssystem kann zu einer entscheidenden Auseinandersetzung um die gesellschaftspolitische Richtung des Landes werden. DIE LINKE kann, wie im Bundestagswahlprogramm angesprochen, sichtbarer und ggf. antreibender Teil eines "Bündnisses für sozialen Fortschritt" werden.

Auch der Landesverband Mecklenburg-Vorpommern sollte die Gesundheitskampagne führen.

2. Ziele der Kampagne

- die Einführung einer Kopfpauschale bzw. ungerechte Zusatzbeiträge als Grundprinzip zur Finanzierung des Gesundheitssystems zusammen mit einem breiten Bündnis verhindern,
- ein breites gesellschaftliches Bündnis zur Einführung einer Solidarischen Bürgerinnen- und Bürgerversicherung herstellen und diese als Alternative zu den Regierungsplänen auf die politische Agenda setzen,
- in regionalen und lokalen Bündnissen zur Verbesserung der gesundheitlichen Vorsorge und Versorgung als öffentliches Gut beitragen (z.B. Auseinandersetzungen um Krankenhausprivatisierung, um Ärztemangel, um medizinische Leistungen im ländlichen Raum, für gute Arbeitsbedingungen für Beschäftigte im Gesundheitswesen ...) und

- neue Mitglieder für DIE LINKE aus Bündnissen gewinnen.

3. Kampagnensteuerung

Der Landesvorstand beruft eine Steuerungsgruppe. Ihr obliegt die weitere Detailplanung der Kampagne und deren operative Umsetzung. Der Steuerungsgruppe gehören an:

- der Landesgeschäftsführer
- Anja Janker und Björn Griese als Mitglieder des LV
- MdB Martina Bunge als Mitglied der zentralen Steuerungsgruppe
- ein Mitglied der LAG Soziales

Die Steuerungsgruppe legt dem Landesvorstand im September eine detaillierte Planung und einen Finanzantrag vor.

4. Umsetzung

Die Steuerungsgruppe führt im Einvernehmen mit den Kreisverbänden nach der parlamentarischen Sommerpause Kampagnen-Workshops/Informationsveranstaltungen (Standorte: Schwerin, Rostock, Neubrandenburg) für interessierte Mitglieder aus den Kreisverbänden durch.

Der offizielle Start der Kampagne auf Bundesebene erfolgt voraussichtlich im Herbst 2010 (wenn die Richtung der Regierung klar ist). Der Start der Kampagne wird dezentral begleitet – zumindest in den großen Städten des Landes.

Der Landesvorstand empfiehlt den Kreisverbänden, ebenfalls Beschlüsse zur Durchführung der Kampagne zu fassen. Dann sind die Kreisverbände und BOs angehalten, die Kampagnen vor Ort zu führen. Dies kann z.B. durch Infostände, Straßenaktionen, öffentliche Diskussionsveranstaltungen, Proteste in Bündnissen, Besuch von Gesundheitseinrichtungen durch Abgeordnete, Straßentheater auf Boulevards, Verteilaktionen ... geschehen. Dort, wo es Bündnisse für die Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung gibt, sollten wir uns aktiv einmischen. Gegebenenfalls könnten solche auch von uns initiiert werden.

Für die Wahlkämpfe 2011 kann das Thema Gesundheit, als ein entscheidender Kompetenz-Wert der LINKEN, von Bedeutung sein.

Nominierung von Vertretern für die Bildungskommission beim Parteivorstand

Die Organisation der parteieigenen Bildungsarbeit ist auf Bundesebene so anzulegen, dass folgendes geleistet werden kann:

- Erstellen eines Rahmens für ein Gesamtangebot der Bildungsarbeit der Partei
- Entwicklung von Seminarkonzepten und Arbeitsmaterialien
- Aufbau eines SeminarmitarbeiterInnen- und Fachleutepools
- Durchführung von Modellseminaren
- Organisation von Erfahrungsaustauschen der in der Bildung Tätigen
- Koordination und Abstimmung der Bildungsarbeit mit den Ländern
- Unterstützung und Beratung der Länder bei dem Aufbau eigener Bildungsarbeit
- Aufbau und Pflege eines Bildungsnetzwerkes

Die Bildungskommission hat den Auftrag, hierzu die notwendigen Vor- und Zuarbeiten zu leisten. Sie wird so zusammengesetzt, dass alle Länder mit ein bis zwei Mitgliedern in ihr vertreten sind. Der Parteivorstand beruft die vorgeschlagenen Mitglieder in die Bildungskommission, benennt seine eigenen VertreterInnen und die hauptamtlichen Mitglieder und ruft weitere Bildungsfachleute hinzu.

Zur Mitarbeit in der Bildungskommission beim Parteivorstand nominiert der Landesvorstand für den Landesverband Mecklenburg-Vorpommern Marina Gabel (KV PUR) und Sebastian Rohde (KV HRO).

Per Umlaufverfahren wird der Landesvorstand bis Anfang August folgende Vorlagen behandeln:

- Finanzplan 3. Tagung des 2. Landesparteitages
- Unterstützung des Antrages der LAG Bildung an den Landesparteitag
- Nominierung von Delegierten für den Kongress der Europäischen Linkspartei

Die nächste Tagung des Landesvorstandes findet am Vorabend des Landesparteitages in Grimmen statt.